

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 101 (2007)
Heft: 3

Artikel: Vierzig Jahre "Populorum progressio"
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-389869>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

Vierzig Jahre «Populorum progressio»

Schon einmal habe ich ein «Zeichen der Zeit» über die Enzyklika «Populorum progressio» (Über die Entwicklung der Völker) geschrieben. Es war im Aprilheft 1987, zwanzig Jahre nach der Veröffentlichung des Rundschreibens Papst Pauls VI. «an alle Menschen guten Willens» am 26. März 1967. Ich äusserte überwiegend Kritik an diesem «inner-kapitalistischen Moralappell, der aus schlechten Kapitalisten gute Kapitalisten machen, nicht aber das System des Kapitalismus überwinden» wolle. Was von der katholischen Soziallehre im allgemeinen gelte, das gelte im besondern von dieser Enzyklika: «Ihre Grundsätze tönen radikal und tun trotzdem niemandem weh. Um sie in die politische Praxis umzusetzen, fehlen den kirchlichen Dokumenten die Analysen und Strategien. Was an diesen Texten allenfalls auf Veränderung zielen könnte, richtet sich an Subjekte der Beharrung.»

Weitere 20 Jahre später hat mich *Walter Ludin* gebeten, «Populorum progressio» in der Missionszeitschrift «ite» zu würdigen. Hier lautet jetzt mein Urteil weit positiver, die Enzyklika enthalte «prophetische Mahnungen und sozial-ethische Perspektiven, die gerade heute an Aktualität kaum zu überbieten» seien. Was ist (mit mir) passiert? Geändert hat sich zweifellos meine Lesart: Die Kritik

der Enzyklika am Neoliberalismus ist in den Vordergrund, ihr Defizit an Analysen und Strategien in den Hintergrund getreten. Geändert haben sich vor allem die Verhältnisse selber, so dass sie eine Relektüre schon fast revolutionär erscheinen lassen.

Globalisierungskritik schon damals

Die Enzyklika betont, dass die «soziale Frage weltweit geworden» (Nr. 3) sei. Sie beobachtet eine massive «Störung des Gleichgewichts» in der *Weltwirtschaft*: «Die einen erzeugen Nahrungsmittel im Überfluss, während andere daran jämmerlichen Mangel leiden oder für ihren geringfügigen Überschuss keine gesicherten Absatzmöglichkeiten haben» (Nr. 8). So würden die «armen Völker immer ärmer, die reichen immer reicher» (Nr. 57). Der *freie Markt*, «das Grundprinzip des Liberalismus», funktioniere offenkundig nicht zwischen Partnern in «allzu ungleicher wirtschaftlicher Lage» (Nr. 58).

Paul VI. ahnt, dass ein entfesselter Kapitalismus *Gewalt und Terror* provozieren werde. Er beschwört darum die reichen Länder, ihren *Überfluss* mit den Armen zu teilen: «Der Überfluss der reichen Länder muss den ärmeren zustatten kommen... Die Reichen haben davon den ersten Vorteil. Tun sie es nicht, so wird ihr hartnäckiger Geiz das Gericht Gottes und den Zorn der Armen erregen, und unabsehbar werden die Folgen sein» (Nr. 49). «Es eilt», schrieb dieser Papst vor vierzig (!) Jahren, «zu viele Menschen sind in Not, und es wächst der Abstand, der den Fortschritt der einen von der Stagnation, besser gesagt, dem Rückschritt der anderen trennt» (Nr. 29).

Der «Abstand», von dem Paul VI. spricht, ist in der Zwischenzeit noch unerträglich viel grösser, der Geiz gar «geil» geworden. Der Reichtum der Reichen hat sich fast verdreifacht: 1960 erzielte das *oberste Wohlstandsfünftel* in der Welt ein Pro-Kopf-Einkommen, das 30-mal höher lag als die Wirtschaftskraft der ärmsten 20 Prozent; im Jahr 2000 war es schon

80-mal soviet. Dieser Skandal muss in der Tat den «Zorn der Armen erregen». In der *Geissel des Terrorismus* kündigen sich die «unabsehbaren Folgen» an, vor denen der Prophet auf dem Stuhl Petri gewarnt hat. Der 11. September 2001 brachte es an den Tag. Die Folge war jedoch nicht Umkehr, sondern erst recht Verstocktheit bei der verbliebenen Supermacht.

«Entwicklung» soll nach dieser Enzyklika «der neue Name für Friede» sein (Nr. 76). In Anlehnung an den Propheten Jesaja ist Friede für die päpstliche Soziallehre das «Werk der Gerechtigkeit» (Jes 32,17). Daraus folgt aber auch der Umkehrschluss, dass, wo *keine Gerechtigkeit* ist, auch *kein Friede* sein kann.

Kritik am Neoliberalismus

Die *sozialethischen Grundsätze* der Enzyklika von 1967 nehmen die Kritik an jenem Neoliberalismus vorweg, der sich seit 1989 weltweit durchgesetzt hat. Paul VI. spricht vom «ungehemmten Liberalismus», nach dem «der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft darstellt». Wie schon *Pius XI.* in der Enzyklika «*Quadragesimo anno*» 1931 erkannt habe, münde dieser «ungehemmte Liberalismus» auf der globalen Ebene in einen «Imperialismus des internationalen Finanzkapitals» (Nr. 26).

Aus der «Brüderlichkeit der Menschen» leitet Paul VI. eine Reihe von *internationalen Prinzipien* ab, die bei den Neoliberalen heute gerade noch ein müdes Lächeln hervorrufen: so die «Pflicht zur Solidarität», d.h. zur «Hilfe, die die reichen Völker den Entwicklungsländern leisten müssen», oder die «Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit», um «das, was an den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den mächtigen und den schwachen

Völkern ungesund ist, abzustellen» (Nr. 44). Wie das Proletariat in den westlichen Industriestaaten durch höhere Löhne seine Lebensbedingungen verbessert habe, so sollten die armen Länder durch gerechtere Austauschrelationen im Handel mit den reichen Ländern sich entwickeln können. Was vom «gerechten Lohn für den einzelnen Arbeiter gilt», das «gilt ebenso von internationalen Verträgen: ... Der freie Austausch von Gütern ist nur dann recht und billig, wenn er mit den Forderungen der sozialen Gerechtigkeit übereinstimmt» (Nr. 59).

Es fehlt auch nicht an *konkreten Vorschlägen* in dieser Enzyklika. So fordert sie die Staaten auf, «sie möchten einen Teil der Beträge, die sie für Rüstungszwecke ausgeben, zur Schaffung eines Weltfonds verwenden, um so den notleidenden Völkern zu helfen» (Nr. 51). Doch nicht einmal die Chance einer «Friedensdividende» nach 1989 wurde wahrgenommen, stattdessen müssen heute neue Feindbilder jährliche Rüstungsausgaben von weltweit einer Billion Dollar (eine Zahl mit 12 Nullen) rechtfertigen. Die (kriegs-)treibenden Kräfte wollen auch nichts von der «Errichtung einer die Welt umfassenden Autorität» wissen, «die imstande ist, auf der rechtlichen wie auf der politischen Ebene wirksam zu handeln» (Nr. 78).

Gemeinwidmung der irdischen Güter

«*Populorum progressio*» ruft uns die Gemeinwidmung der irdischen Güter in Erinnerung. Nach diesem «Grundgesetz» ist die *Erde für die Menschen* da, «um jedem die Mittel für seine Existenz und seine Entwicklung zu geben», darum habe auch «jeder Mensch das Recht, auf ihr das zu finden, was er nötig hat» (Nr. 22). Wenn heute die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter wächst, zahllose Menschen von ihrem Erwerbseinkommen nicht einmal mehr leben können, einige wenige Milliardäre über soviel Vermögen verfügen wie die ärmere Hälfte der Erdbevölkerung, dann wird

die Gemeinwidmung der irdischen Güter aufs schwerste verletzt.

Im Fall einer derartigen Fehlentwicklung, die «dem Gemeinwohl ernsten Schaden zufügt», schliesst «*Populorum progressio*» selbst eine «Revolution» nicht ganz aus (Nr. 31). Das Konzil hatte schon 1965 all jenen ein *Recht auf Widerstand* zugesprochen, die sonst die Mittel entbehren, die sie zum Leben brauchen. In der Pastoralkonstitution «Über die Kirchen in der Welt von heute» steht der revolutionäre Satz: «Wer aber sich in äusserster Notlage befindet, hat das Recht, vom Reichtum anderer das Benötigte an sich zu bringen» (*Gaudium et Spes*, Nr. 69).

Die Verhältnisse, sie sind nicht mehr so

Zurück zu meiner Kritik vor zwanzig Jahren. Ich warf der Enzyklika vor, dass sie Kapitalismus und Reichtum nicht radikal genug in Frage stelle. Nicht der *Kapitalismus* an sich, sondern nur «eine Abart dessen, was man «Kapitalismus» nenne, sei schuld an «vielen Übeln, Ungerechtigkeiten und brudermörderischen Kämpfen» (Nr. 26). So aber nähre die Enzyklika das Trugbild eines *gemeinwohlerträglichen* Kapitalismus. Auch die Reichen sollten nur gerade ihren «Überfluss» mit den Armen teilen. So pervertiere die *Option für die Armen* zur Option für die herrschenden Klassen, die ihre Herrschaft zugunsten der Armen «vermenschlichen», aber keineswegs abtreten sollten. Entwicklung sei nicht Selbstbefreiung der Armen, sondern das, was die Reichen für sie täten.

Tatsächlich hatte die Enzyklika ein *falsches Entwicklungsmodell* vor Augen. Dass Kapitalismus, sich selbst überlassen, in «ungehemmten Liberalismus» übergeht, wusste Paul VI. zwar, aber für seinen sozial temperierten Kapitalismus setzte er zwangsläufig aufs *falsche Subjekt*, nicht zuletzt auf politische Parteien, die sich heute vom Neoliberalismus nur dadurch unterscheiden, dass sie ihn auch

noch für «christlich» halten. Dass sie die Grundsätze der päpstlichen Soziallehre befolgen würden, war schon damals eine Illusion, dieselbe Illusion, die «*Populorum progressio*» dazu verleitete, sich «an erster Stelle» an «die Begüterten» (Nr. 44) zu wenden. Viele von ihnen haben sich inzwischen über jede Scham- und Giergrenze hinaus bereichert.

Das gesagt, muss dennoch daran erinnert werden, dass die Enzyklika den «Zorn der Armen» durch den «Geiz der Reichen» nicht nur erklärt, sondern auch rechtfertigt. Das *Recht auf Revolution* – von «*Populorum progressio*» zögerlich eingeräumt – hat angesichts der verheerenden Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung an Aktualität nichts eingebüsst. Es ist heute im Gegenteil das Recht von *850 Millionen Hungernden* in der Welt, «vom Reichtum anderer das Benötigte an sich zu bringen». Angesagt ist das Ende einer Naivität, die meinte, mit einem Moralappell an die Reichen soziale Gerechtigkeit herstellen zu können. Jetzt müsste die Kirche die Umsetzung von «*Populorum progressio*» neu denken, und das heisst: auf das richtige Subjekt setzen sowie Analysen und Strategien entwickeln, damit die Revolution der Hungernden eine andere Welt schafft und nicht mit blinder Gewalt nur wieder die alte Welt reproduziert.

Das ist von einem Papst *Ratzinger* gewiss nicht zu erwarten. Er fischt lieber «im Drüben», als in jene Niederungen hinabzusteigen, in denen Gott Mensch geworden ist. Auch angesichts des Niedergangs päpstlicher Sozialethik ist «*Populorum progressio*» eine «gefährliche Erinnerung». Ja, die Verhältnisse müssen schlimm geworden sein, dass mein heutiges Lob dieser Enzyklika meine ursprüngliche Kritik überwiegt. ●

Zitate nach: Texte zur katholischen Soziallehre, hg. von KAB Deutschland, 8. Auflage, Bornheim 1992.